

KANZLER-PLÄNE

Das Über-Ministerium

Wenn Konrad Adenauer nach der Bundestagswahl wirklich noch einmal für die nächsten vier Jahre eine Regierung unter seiner Kanzlerschaft zusammenbringen sollte — er wäre am Schlusse der nächsten Bundestagswahlperiode dann 81 Jahre alt —, werden zwei seiner höchsten Sekretäre hinter den geschlossenen Türen im Palais Schaumburg ihre Pläne für den neuen westdeutschen Obrigkeitsstaat aus den Aktenschranken nehmen. Dr. Hans Globke bringt das klerikale, Dr. Otto Lenz das moderne autoritäre Element mit. Beide wollen hinter der Kulisse der parlamentarischen Regierung und auf dem Boden des Grundgesetzes einen Verwaltungsstaat errichten, in dem sie die Macht ausüben.

Zu diesem Zweck wollen sie ein Über-Ministerium aufbauen, in dem die Innenpolitik des Bundes entschieden werden soll. Dieses Ministerium, dessen umfassende Kompetenz sich nicht in die klassische Ressortenteilung einfügen läßt, wird (wenn die Pläne sich verwirklichen lassen) die Kombination eines Bundesministeriums für Volksaufklärung und Propaganda mit einem Bundessicherheitshauptamt sein.

Die beiden wichtigsten Elemente der Beherrschung eines modernen Massenstaates würden in ihm vereinigt sein: das Wissen um die Menschen und ihr Tun und die Beeinflussung der Menschen. Information und Propaganda. Beides erfordert eine Monstre-Organisation von Vertrauensmännern, einen Apparat von Kartotheken, Archiven und Dossiers und ein System umfassender Überwachung und durchdringender Beobachtung. Über diese Mittel verfügen Globke und Lenz schon heute, wenn auch en miniature.

Das Gerippe für die Propaganda-Hälfte des neuen Über-Ministeriums besteht bereits: das Bundespresse- und -informationsamt. Dieses Amt untersteht als Teil des Bundeskanzleramtes bereits jetzt dem Staatssekretär im Bundeskanzleramt Otto Lenz (SPIEGEL 34/1953). Im neuen Über-Ministerium sollen sein Etat und seine Personalstärke erhöht, seine Linientreue gefestigt und seine Arbeit intensiviert werden.

Hinzu soll die bisher dem Bundesinnenministerium zur Dienstaufsicht unterstellte „Bundeszentrale für Heimatdienst“ kommen. Deren Aufgabe war es bisher, überparteiliche Volksaufklärung für den demokratischen Staat und Gedanken zu betreiben.

Ähnliche Organisationen, wie die von Otto Lenz gegründete „Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise“, werden den Ring schließen, an dem das Netz aufzuhängen wäre, das über die Bevölkerung gespannt werden soll.

Prinzipien, die das Blockwarts- oder Hausvertrauensleute-System anwenden, sollen für die Staatsdemokratie nutzbar gemacht werden. Die Menschen in ihren Betrieben und Wohnblocks, in gesellschaftlichen Vereinigungen und Berufsverbindungen würden von einem Heer von Vertrauensmännern bearbeitet.

Man wird sie zum Beispiel fragen, warum sie einer bestimmten Partei oder Politik den Vorzug vor einer anderen geben, wie es das Allensbacher Institut für Demoskopie im Auftrag von Otto

Lenz schon seit längerem tut. Man wird das Gespräch wie von ungefähr auf die Leistungen der Regierung bringen und erhofft sich Dialoge mit regierungsfreundlichen Ergebnissen.

Die Obmänner und Agitatoren sollen die Parolen, die von oben kommen, unter die Leute bringen und nach oben berichten, wie sie aufgenommen werden. Sie sollen berichten, was die Menschen über die Politik denken, was ihnen einleuchtet und was sie hören wollen. Zugleich sollen die Menschen das Gefühl haben, daß der Staat sich für sie interessiert.

Aus Betriebsversammlungen soll nach Bonn getragen werden, welche Aktionen die Arbeiter unternehmen wollen, welche Forderungen sie stellen wollen, wie sie



Kartotheken, Archive und Dossiers
Kanzlers Personalchef Globke

sich mit ihren Betriebsräten und Gewerkschaftsvertretern auseinandersetzen. Die Obmänner sollen das Propagandamaterial der Regierung unter die Leute bringen.

Bundespresseschef Felix von Eckardt, der chevalereske Informationschef Konrad Adenauers, will sich für diese Tätigkeit, die auf seinem Sektor reine Propaganda verlangt, nicht zur Verfügung stellen. Bei der Bildung des Über-Ministeriums würde er wahrscheinlich seinen Dienst quittieren.

Die zweite, vielleicht noch wichtigere Hälfte des Ministeriums umfaßt den politischen Geheimnachrichten-Dienst.

Diese Aufgaben, die bisher für den Bund das Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz unter Leitung von Dr. Otto John wahrnimmt, will Minister in spe Otto Lenz einem anderen, ungleich versierteren Mann anvertrauen: dem General Gehlen, der unter Hitler Leiter der geheimdienstlichen Abteilung „Fremde Heere Ost“ war. Gehlen ist heute Boss eines mit amerikanischem Geld für amerikanische Zwecke arbeitenden militärischen Nachrichtendienstes.

Gehlen ist ein guter Bekannter von Hans Globke, der im Dritten Reich den Kommentar zur Nürnberger Judengesetzgebung schrieb und 1949 Otto Lenz auf den Sessel des Bundeskanzler-Staatssekretärs bugsierte. Globke selbst durfte damals noch nicht in den Vordergrund treten, heute beherrscht er als Personalchef des Bundeskanzleramtes die Personalpolitik der Bundesregierung. Dem Hans Globke wird die Hoffnung nachgesagt, sich nach der Wahl endlich hinter das Staatssekretärs-Pult des Palais Schaumburg setzen zu können.

Globkes Bekannter, General Gehlen, hat allerdings etwas andere Vorstellungen. Er ist sich einig mit Hans Globke, daß er, Gehlen, bei Staatsminister Lenz ein hohes Amt übernehmen soll. Gehlen stellt sich vor, daß er „Staatssekretär für Äußere Sicherheit“ wird. Nicht einig ist er sich bisher mit Globke, wo dessen Staatssekretärs-Pult stehen soll. Globke will im Bundeskanzleramt in der Nähe Konrad Adenauers bleiben. Gehlen möchte, daß Globke als Pendant zu ihm „Staatssekretär für Innere Sicherheit“ unter Lenz wird.

Daß General Gehlen sein Einverständnis zu dieser Verwendung des von ihm aufgebauten Geheimdienstes gab, hat seine besonderen Gründe. Gehlen weiß einerseits, daß die amerikanischen Gelder vermutlich nicht dauernd fließen, andererseits muß er bis zum Inkrafttreten des Generalvertrages in irgendeiner Form mit der Bundesregierung ins Geschäft gekommen sein, weil er sonst, bei einer etwas anderen außenpolitischen Konstellation, Gefahr liefe, wegen Tätigkeit für eine auswärtige Macht aufzufliegen.

Sein militärischer Nachrichtendienst ist so groß und erfordert solche Mittel, daß er von einem nationalen Verteidigungsministerium der Bundesrepublik gar nicht zu verdauen wäre. Es war zwar die Übernahme des Gehlen-Apparates in die EVG vorgesehen, aber diese Lösung erscheint Gehlen nicht sicher genug.

Gehlen weiß außerdem, daß die ihm von Lenz angebotene politische Nachrichtendienst-Tätigkeit in Deutschland selbst seine Macht nur verstärken kann. Lenz und Globke ihrerseits können Gehlens weitverzweigten militärischen Geheimdienst im Ausland dazu verwerten, auch auf dieses Gebiet, das bisher von umstrittenen Leuten im Amt Blank sorgsam gehütet wurde, ihre Hände zu legen.

Was neben dieser großen Konkurrenz mit dem noch in den Kinderschuhen steckenden Bundesamt für Verfassungsschutz werden soll, ist noch nicht entschieden. Auch noch nicht über die Weiterverwendung von Dr. Otto John, dem Leiter dieses Amtes.

Die Nachrichtendienst-Abteilung des geplanten Über-Ministeriums wird im In- und Ausland politische und militärische Informationen sammeln und in der Zentrale auswerten. All jene Personen, die nach Ansicht der Beamten des Ministeriums verfassungsgefährdend oder -feindlich sind oder sonstwie eine Gefahr für den Staat darstellen könnten, werden überwacht werden.

Die hohen Beamten dieses Ministeriums werden so die bestinformierten Personen der Bundesrepublik sein und damit die einflußreichsten.

Um Chef eines solchen Ministeriums zu werden, braucht Otto Lenz kein Gesetz des Bundestages, sondern nur die Ermächtigung des Bundeskanzlers und die Zustimmung des Finanzministers. Konrad Adenauer hat die Zustimmung zur Errichtung eines Informationsministeriums bereits gegeben und seinen Willen gezeigt, Otto Lenz zum Minister zu machen.

Die europäische Zahnücke

Amerikas Wirtschaftsexperten, die seit den Tagen des Marshallplans an der Devisenkrankheit Europas herumdoktern, machen seit einiger Zeit zwei erstaunliche Feststellungen: Die schon zum Schlagwort gewordene Dollarlücke ist durch die Goldplombe der amerikanischen Rüstungsaufträge (off shore-Lieferungen) nahezu ausgefüllt, dagegen klatzt im währungs politischen Gebiß Europas ein neues Loch: die DM-Lücke.

Eine Prophezeiung, die noch vor drei Jahren an allen Bankschaltern der Welt

lieferungen aber kam nicht genug nach Deutschland, weil die Partnerländer oft nur Waren anzubieten hatten, an denen in der mittlerweile verwöhnten Bundesrepublik wenig Bedarf besteht. Die deutschen Überschüsse froren deshalb auf den Auslandskonten ein.

Das letzte Beispiel dafür bot Jugoslawien: Unter dem rollenden deutschen Exporteinsatz war der vereinbarte Swing von 17 Millionen Dollar schon Anfang dieses Jahres überschritten. Marshall Titos Außenhändlern gelang es ebenso wenig wie im Jahr zuvor den Brasilianern, den westdeutschen Überschuß durch ausreichende Gegenlieferungen abzubauen.

fließ* sind die EZU-Länder gegenüber Westdeutschland in eine Verschuldung hineingerutscht, die Mitte dieses Jahres über 2,5 Milliarden Mark betrug.

In den Gewölben der Bank deutscher Länder Frankfurts aber vollzog sich ein Vorgang, der die älteren Bankbeamten in Verückung geraten ließ. Nach den Abrechnungsmethoden der Zahlungsunion floß als Teil-Abdeckung der Verschuldungsquoten immer mehr Gold in die Safes der BdL. An Barren- oder sonstigem Gold wuchs der deutsche Bestand von Null im Jahre 1950 auf

- 116 Millionen Mark Gold Ende 1951 und
- 587 Millionen Mark Gold Ende 1952.

Heute hat die Deutsche Mark mit nahezu einer Milliarde einen imaginären Goldrand, der sie als eine der härtesten Währungen der Welt ausweist. Der Aktivsaldo des auf Hochtouren laufenden Außenhandels der Bundesrepublik beträgt 5,8 Milliarden Mark (siehe Graphik). Dieser enorme Überschuß wurde erzielt durch das günstige Zusammenwirken von Exportsteigerung, Preissenkung für Importe und vorsichtige Einlagerungspolitik der westdeutschen Kaufleute.

Der kalte Luftzug aber, der durch die europäische DM-Lücke zieht, geht auch dem Bonner Wirtschaftsministerium allmählich an den Nerv. Die gleichen Experten, die den Exporteuren noch vor wenigen Jahren Brandbriefe über die lebensnotwendige Exportankurbelung schrieben, beraten heute über Möglichkeiten, die deutschen Aktivsalden abzubauen — wobei sich eine Einschränkung des Exports wegen der strukturellen Importabhängigkeit der deutschen Wirtschaft von selbst verbietet.

Gegen allzu große Einfuhren auf Lager, die einen Ausgleich herbeiführen könnten, wehrt sich der Importhandel energisch. Denn bei der weiter sinkenden Tendenz vieler Weltmarktpreise kauft niemand gern auf Vorrat. Größere Einlagerungskäufe durch den Bund selbst würden dieses Preisrisiko nicht beseitigen. Und auch an eine aktivere Zollsenkungspolitik trauen sich die Bonner wegen der Wandelbarkeit der Lage nicht heran. An Plänen für die bisher verbotene Transferierung der Zinsen von in Deutschland angelegtem Auslandskapital dagegen wird mit Hochdruck gearbeitet.

Beinahe froh sind die Bonner und Frankfurter Währungsstatistiker darüber, daß die am 27. Februar 1953 unterzeichneten Bestimmungen des Londoner Schuldenabkommens in den nächsten Wochen, nach Ratifizierung, in Kraft treten. Mit ihren Jahresrückzahlungen an das Ausland von zunächst 550 Millionen und später 735 Millionen Mark werden sie den deutschen Aktivsaldo schon zerschmelzen helfen.

BUNDESTAGS-KANDIDATEN

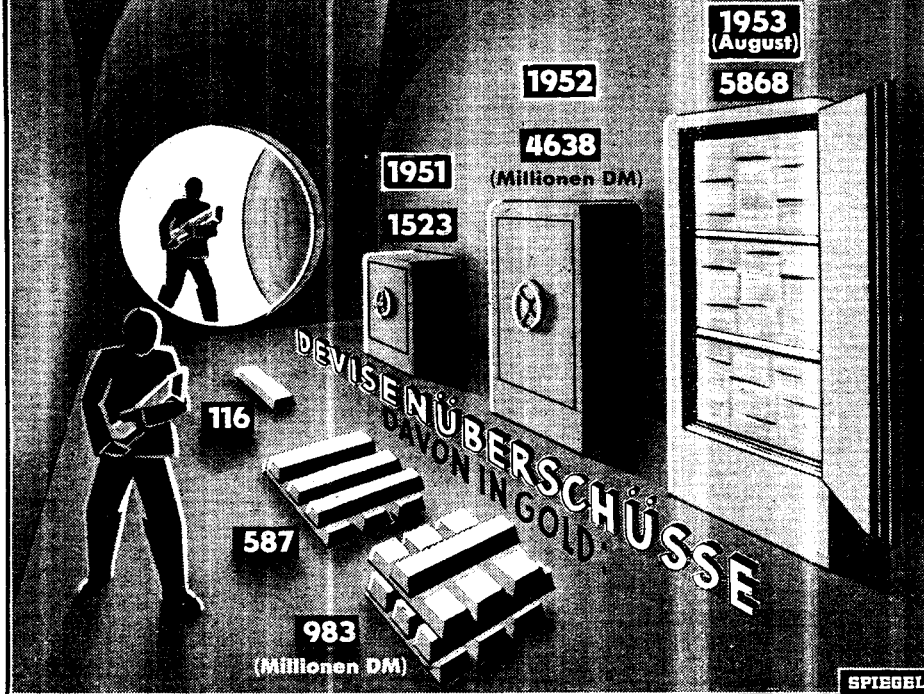
Mit christlichem Namen

Ministerpräsident Karl Arnold, seit 1951 Chef der nordrhein-westfälischen Koalitionsregierung aus CDU und Zentrum, hielt das Ereignis für wichtig genug, es in seinem Dienstzimmer unter seinen Augen vor sich gehen zu lassen: Die Deutsche Zentrumspartei, strikte Gegnerin der Adenauerschen Westintegration, schloß mit Konrad Adenauers CDU einen Wahlhandel ab. Aus der Bundeskanzlei war als Zeuge Ministerialdirektor Dr. Hans Globke erschienen. Der Handel:

- Das Zentrum stellt nur noch in Nordrhein-Westfalen eine Landesliste auf.
- In allen anderen Bundesländern fordert das Zentrum seine integrationsfeindlichen Anhänger auf, die integrationswütige CDU zu wählen.

GOLDFUNDAMENT DER D-MARK

Seit 1951 führt Deutschland laufend mehr Waren aus, als importiert werden. Dadurch ist der Devisenüberschuß bis heute auf 5,8 Milliarden DM angestiegen



Heiterkeit erregt hätte, ist Tatsache geworden. Das Gros von Westdeutschlands Außenhandelspartnern besitzt nicht D-Mark genug, um die angeschwollenen Lieferungen der Bundesrepublik zu bezahlen. Die strukturellen Ausfuhrüberschüsse wirken sich bereits bremsend auf den deutschen Export aus.

Die günstige Ausfuhrbilanz bietet den Wahlrednern der Bonner Koalitions-Parteien willkommenen Anlaß, vornehmlich über die unzweifelhaften wirtschaftlichen Erfolge unter der letzten Bundesregierung zu sprechen und ihre total verfahrenere Wiedervereinigungs- und Außenpolitik dezent zurücktreten zu lassen.

Westdeutschlands Ausfuhr, von der zum Teil auch die gute Inlandskonjunktur lebt, hat sich in den vergangenen drei Jahren enorm entwickelt. Die jährlichen Exporte kletterten (in Millionen Mark) von

- 8362 im Jahre 1950 auf
- 14577 im Jahre 1951 und auf
- 16908 im vergangenen Jahre.

Dieses Tempo konnten die meisten Handelspartner nicht mithalten. Bei Ländern, mit denen zweiseitige Handelsverträge geschlossen wurden, waren sehr bald die vereinbarten Swing-(Höchst-)Grenzen der deutschen Exportsalden erreicht. An Gegen-

So statuierte sich auch im Jugoslawien-geschäft wieder ein Schulbeispiel für die Bremswirkung der Devisenbewirtschaftung auf den internationalen Warenaustausch. Professor Erhards Ministerium mußte das Tempo des Exports drosseln. Jede Ausfuhr nach Jugoslawien ist jetzt wieder streng genehmigungspflichtig. Für die restliche Laufzeit des Abkommens wurde eine deutsche Einfuhr von 60 Millionen Dollar festgelegt, die deutschen Ausfuhrlieferungen aber sind auf höchstens 30 Millionen Dollar begrenzt.

Auch gegenüber den Ländern der Europäischen Zahlungs-Union (EZU), die ihren Geldverkehr in einer Vorstufe zur Konvertierbarkeit (Umtauschmöglichkeit) der Währungen bereits in einem gemeinsamen Topf abwickeln, ist die westdeutsche Bundesrepublik der große Gläubiger geworden. Unter mißtrauisch-ängstlichen Meditationen über den gefährlichen deutschen Gewerbe-

* Der Redakteur Trevor Evans des Londoner Millionenblattes „Daily Express“ berichtete nach der Rückkehr vom Urlaub aus Deutschland äußerst beeindruckt darüber, daß auf deutschen Baustellen niemand mit den Händen in den Hosentaschen herumstehe und daß die Bauern noch um zwanzig Minuten vor neun die Felder pflügen. Schrieb Evans: „Die deutschen Arbeiter und Unternehmer haben erkannt, daß Mehrproduktion und geschickte Verkaufskunst ein besseres Leben schaffen. Wir sollten nicht zu stolz sein, von den Deutschen zu lernen.“